Mitteilungen der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Corona-Pandemie prägt unseren Alltag und unsere Arbeit weiterhin. Mit der zweiten Welle, der Dauer der Belastung, dem Hinzukommen von Herbst und Winter, den unklaren Aussichten, den anhaltenden sozialen Einschränkungen und den beruflichen und finanziellen Belastungen wird die Pandemie für viele Menschen auch zu einer erheblichen psychischen Belastung. Dies gilt vor allem für Menschen, die schon zuvor psychisch krank oder belastet waren, es gilt für junge Menschen, für Alleinstehende, für Menschen, die zu den Risikogruppen gehören, und auch für die diejenigen, die in den Kliniken in der Akutversorgung von COVID-19-Patientinnen arbeiten. Hinzu kommen die anhaltenden Sorgen um die eigene Gesundheit und die der eigenen Familie und Freundinnen.

Unsere Berufsgruppe hat es geschafft, durch die bemerkenswert schnelle Umstellung auf videogestützte Psychotherapie die ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen aufrecht zu erhalten. Wir werden auch gefordert sein, wenn die psychische Belastung der Bevölkerung signifikant zunehmen sollte bzw. Langzeitfolgen von COVID-19 sich auch psychisch und neuropsychologisch zeigen. Gleichzeitig sind wir ja auch selbst von dieser Pandemie betroffen in unserem Lebensalltag, sodass eine gute Selbstfürsorge und ein guter Umgang miteinander noch wichtiger geworden sind.

Dieses eigene Betroffensein wird sich mit der Verschärfung der Klimakrise weiter fortsetzen. Es ist auch deshalb aus unserer Sicht richtig, dass sich unser Berufsstand wieder stärker als in den letzten Jahren zu gesellschaftspolitischen Entwicklungen äußert, wenn diese erheblichen Einfluss nehmen auf die psychische Gesundheit der Menschen. Nicht nur die Psychologie mit ihren Spezialgebieten wie Umwelt- und Sozialpsychologie, sondern auch wir als Expertinnen für psychische Erkrankungen sind gefordert, nicht nur psychotherapeutisch auf individueller Ebene zu helfen, sondern auch krankmachenden sozialen Entwicklungen mit unseren Möglichkeiten vorzubeugen. Nicht umsonst gehen wir von einem biopsychosozialen Krankheitsverständnis aus. Zu den wichtigen sozialen Aspekten gehören neben Corona und Klimakrise natürlich unter anderem auch Armut, Arbeitslosigkeit, Krieg, Verfolgung und Flucht, Gewalt, Diskriminierung und Minoritätenstress. Die Stimme unseres Berufsstands sollte deshalb in Politik und Gesellschaft hörbar sein, wenn es um die psychische Gesundheit geht.

Sabine Maur, Präsidentin der LPK RLP

Es grüßt Sie herzlich

Sabine Maur
Präsidentin der LPK RLP

Vertreterversammlung fordert: Finanzierung Masterstudiengänge sichern!

In einer Resolution fordert die Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz die zuständigen Ministerien auf, zeitnah die nötigen finanziellen Mittel zuzusagen, damit die Planung und Umsetzung der Masterstudiengänge Psychotherapie rechtzeitig erfolgen können. In einer zweiten Resolution ruft sie die Kassenärztliche Bundesvereinigung und den Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen auf, zur Unterstützung psychisch kranker Menschen auch Akutbehandlungen per Video zuzulassen. Beide Resolutionen finden Sie zum Download auf unserer Homepage www.lpk-rlp.de unter Aktuelles / Aktuelle Informationen der LPK RLP. Bei ihrer Sitzung am 31. Oktober 2020 hat die Vertreterversammlung der LPK RLP nicht nur Resolutionen verabschiedet, sondern auch mehrere Satzungsänderungen sowie den Haushaltsplan 2021 und den Regelbeitrag 2021 beschlossen.

Gesundheitsministerin überreicht Bundesverdienstkreuze für Dr. Andrea Benecke und Prof. Dr. Wilma Funke

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, die rheinland-pfälzische Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, hat am 3. September 2020 Frau Dr. Andrea Benecke, Vizepräsidentin der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, und Kammermitglied Frau Prof. Dr. Wilma Funke das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Der Bundespräsident hatte die beiden Psychotherapeutinnen auf Antrag der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz mit der Auszeichnung geehrt.

Dr. Andrea Benecke, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Prof. Dr. Wilma Funke (Foto: MSAGD)

In ihrer Laudatio lobte die Ministerin das „unermüdliche ehrenamtliche und gesellschaftliche Engagement" von Frau Dr. Benecke, durch das sie sich „herausragende Verdienste um die professionelle Versorgung für Menschen mit psychischen und somatischen Störungen erworben habe". Frau Bätzing-Lichtenthäler hob außerdem die gute und konstruktive Zusammenarbeit in verschiedenen gesundheitspolitischen Gremien zwischen ihrem Ministerium und Frau Dr. Benecke hervor: „Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich haben Sie als eine Frau kennengelernt, die sich sehr engagiert für die gute psychotherapeutische Versorgung in Rheinland-Pfalz einsetzt", sagte sie.

Kammermitglied Frau Prof. Dr. Wilma Funke erhielt das Verdienstkreuz am Bande, weil sie sich seit vielen Jahren ehrenamtlich sowie im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit in der Suchtbehandlung und Suchtforschung auf Landes- und Bundesebene engagiert. In ihrer Laudatio lobte die Ministerin das besonders hohe fachliche, aber auch staatsbürgerliche, ehrenamtliche und soziale Engagement von Frau Prof. Dr. Funke.

Die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz gratuliert Frau Dr. Benecke und Frau Prof. Dr. Funke sehr herzlich und freut sich mit den beiden über die Auszeichnung, die auch eine besondere Ehrung und Anerkennung des Berufsstandes der Psychologischen Psychotherapeutinnen darstellt. Mit der Auszeichnung dieser beiden Psychotherapeutinnen wird in besonderem Maße der Stellenwert des Engagements für Menschen mit psychischen Erkrankungen durch den Bundespräsidenten gewürdigt.

Menschen mit geistiger Behinderung in der Psychotherapie: Vernetzung zentral, um Versorgung zu verbessern

Um die psychotherapeutische Versorgung von Menschen mit geistiger Behinderung sicherzustellen, ist die Vernetzung aller an der Behandlung dieser besonderen Patientengruppe beteiligten Akteurinnen von zentraler Bedeutung. Dies machte Ulrich Bestle, Mitglied des Vorstandes der Landespsychotherapeutenkammer RLP deutlich, als er die Ergebnisse einer Mitgliederumfrage der Kammer vorstellte. Neben dem Aufbau vor allem regionaler Netzwerke nannte Herr Bestle die Reduzierung von Berührungsängsten und dadurch mehr Inklusion und Diversität als wichtige Ziele, um die Versorgung von Menschen mit geistiger Behinderung zu verbessern. Da viele der Befragten angaben, keine Anfragen dieser Patientengruppe zu haben, erscheint es besonders wichtig, alle Akteurinnen, die mit Menschen mit geistiger Behinderung arbeiten, über die Versorgungsstrukturen und Möglichkeiten der psychotherapeutischen Behandlung aufzuklären. Zudem müssten koordinierende Tätigkeiten und komplexe Behandlungen besser vergü-

tet werden. Wichtig sei außerdem, das Thema „Psychotherapie mit Menschen mit geistiger Behinderung“ auch in Aus- und Weiterbildung zu verankern.

Im Februar dieses Jahres wurden die ambulant tätigen Kammermitglieder zum Thema „Psychotherapie und geistige Behinderung“ befragt. Gemeinsam mit der Beratungsstelle „Liebelle“ – einer Beratungs-, Forschungs- und Bildungsstätte zum Thema Sexualität und geistige Behinderung – hatte die Kammer einen Online-Fragebogen entwickelt, um einen Überblick über die aktuelle Versorgungslage zu erhalten. Für Menschen mit einer Intelligenzminderung (Lernbehinderung oder geistige Behinderung) ist aufgrund der sozialen, emotionalen und kognitiven Barrieren das Risiko, an einer psychischen Erkrankung zu leiden, erhöht. Bei der Umfrage wurde unter anderem erhoben, inwiefern psychotherapeutische Behandlungen bei Menschen mit geistiger Behinderung durchgeführt werden und wenn nicht, warum dies bisher noch nicht vorkam. Durch die Umfrage sollten mögliche Hürden auf dem Weg zu einem Therapieplatz für diesen Personenkreis identifiziert werden. Eine Zusammenfassung der Umfrageergebnisse finden Sie auf unserer Homepage www.lpk-rlp.de unter Aktuelles / Aktuelle Informationen der LPK RLP.

Die Ergebnisse der Umfrage stellte Herr Bestle im Rahmen eines Web-Seminar mit dem Titel „Menschen mit geistiger Behinderung in der Psychotherapie“ vor, das die LPK RLP am 14. Oktober 2020 durchgeführt hat. Anschließend gab die Referentin Katrin Schwibinger Einblicke in die psychotherapeutische Arbeit bei Menschen mit Intelligenzminderung. Die Psychologische Psychotherapeutin für Kinder und Jugendliche und Diplom-Pädagogin ist psychologische Beraterin in der oben bereits erwähnten Beratungs-, Forschungs-und Bildungsstätte „Liebelle“. Sie sprach über Chancen und Grenzen der psychotherapeutischen Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung sowie „Schranken im Kopf“, thematisierte Besonderheiten in der Psychodiagnostik und gab methodischen Input. Dass das Interesse an diesem Themenfeld groß ist, zeigte die rege Beteiligung an der Umfrage und an dem Web-Seminar, bei dem die Möglichkeit, Fragen zu stellen, gern genutzt wurde.

Gemeinsam durch die Pandemie: Landesregierung bezieht Expertise der Psychotherapeutinnen ein

Die Landespsychotherapeutenkammer setzt sich an der Seite der rheinland-pfälzischen Landesregierung und der anderen Partnerinnen des Corona-Bündnisses Rheinland-Pfalz für eine gemeinsame Strategie im Umgang mit der Pandemie und ihren Folgen ein. Das Corona-Bündnis ist ein breiter gesellschaftlicher Zusammenschluss verschiedener Verbände, Organisationen und Institutionen des Landes, das im April dieses Jahres von Ministerpräsidentin Malu Dreyer ins Leben gerufen wurde. Das Bündnis versteht sich als Gesprächsforum, das Gelegenheit zum Austausch der Partnerinnen untereinander und mit der Landesregierung bietet. Dieser stetige Austausch soll dazu dienen, sich auf einen gemeinsamen Weg durch die Krise zu verständigen. Bei der dritten Sitzung des Bündnisses am 26. Oktober unterzeichneten die Partnerinnen ein Memorandum of Understanding, in dem sie sich zu den Zielen des Bündnisses und einem gemeinsamen Vorgehen in der Pandemie bekennen. Die LPK begrüßt, dass auch die Expertise der Psychotherapeutinnen in der Krise gehört wird und steht fest hinter den im Memorandum genannten Zielen.

Corona-Bündnis

Memorandum of Understanding zwischen den Partnern des Corona-Bündnisses und der Landesregierung über die Fortführung der Zusammenarbeit

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner

Dr. Markus Mai
Landespflegekammer Rheinland-Pfalz

Sabine Maur
Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz

Dr. Günter Gerhardt
Landesseniorenvertretung

Jochen Borchert
Landessportbund Rheinland-Pfalz

Avadislav Avadiev
Landesverband der jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz

Burkhard Müller
Landkreistag Rheinland-Pfalz

Frank Puchtler
Landkreistag Rheinland-Pfalz

Hendrik Hering
Landtag Rheinland-Pfalz

Ökonomierat Norbert Schindler
Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz

Signatur der Kammerpräsidentin unter dem Memorandum of Understanding

Bereits am 11. September 2020 hat Kammerpräsidentin Sabine Maur im Rahmen einer Expertenanhörung vor der Enquete-Kommission „Corona-Pandemie“ des Landtags gesprochen und dort über die Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit und psychische Erkrankungen der Menschen sowie die psychotherapeutische Versorgung in Rheinland-Pfalz Auskunft gegeben. Die Enquete-Kommission hat der Landtag Rheinland-Pfalz am 27. Mai 2020 eingesetzt, um sich mit den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Coronavirus in Rheinland-Pfalz und den aus der gegenwärtigen Pandemie zu ziehenden Konsequenzen zu beschäftigen. Die Sitzung der Kommission, zu der die Kammerpräsidentin geladen wurde, befasste sich mit dem Thema „Aktueller Forschungsstand der Wissenschaft“. Die Landtagsfraktionen hatten Leitfragen für die Anhörung eingebracht, beispielsweise nach drängenden Forschungsfragen, die die Corona-Pandemie für die jeweilige Profession aufwirft, welche gesellschaftlichen Veränderungen durch die Pandemie beobachtet werden und welche Erkenntnisse die wissenschaftliche Forschung zu den Auswirkungen der Pandemie bereits sammeln konnte. Die Präsentation der Präsidentin finden Sie auf unserer Homepage unter Aktuelles / Aktuelle Informationen der LPK RLP.

Der Landtag hat eine Enquete-Kommission „Corona-Pandemie“ eingesetzt (Fotolia)

Bekanntmachungen der LPK RLP: Satzungsänderungen und Beitrag 2021

Aufgrund der Änderung der Hauptsatzung werden die Satzungsänderungen sowie sonstige öffentliche Bekanntmachungen **zum letzten Mal** an dieser Stelle bekannt gegeben. Zukünftig erfolgen die Bekanntmachungen ausschließlich über unsere Homepage www.lpk-rlp.de unter Aktuelles / Bekanntmachungen der LPK RLP.

Änderung der Hauptsatzung

Die Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz hat in ihrer Sitzung am 31.10.2020 eine Änderung der Hauptsatzung der Landespsychotherapeutenkammer vom 09.11.2015 beschlossen. Die Änderung ist vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie am 11.11.2020 mit Az.: 3126–0006#2020/0012–06016310.0002 genehmigt worden. Gemäß § 1 Abs. 5 S. 2 und 3 der Hauptsatzung stellt die Kammer die Änderungssatzung ab sofort auf der Internetseite bereit.

Aufhebung der Haushalts- und Kassenordnung

Die Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz hat in ihrer Sitzung am 31.10.2020 die Aufhebung der Haushalts- und Kassenordnung vom 21.05.2014 beschlossen. Dies ist vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie am 11.11.2020 mit Az.: 3126–0006#2020/0010–06016310.0003 genehmigt worden. Gemäß § 1 Abs. 5 S. 2 und 3 der Hauptsatzung stellt die Kammer die Aufhebungssatzung ab sofort auf der Internetseite bereit.

Änderung der Meldeordnung

Die Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz hat in ihrer Sitzung am 31.10.2020 eine Änderung der Meldeordnung der Landespsychotherapeutenkammer vom 14.12.2015 beschlossen. Die Änderung ist vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie am 11.11.2020 mit Az.: 3126–0006#2020/0008–06016310.0002 genehmigt worden. Gemäß § 1 Abs. 5 S. 2 und 3 der Hauptsatzung stellt die Kammer die Änderungssatzung ab sofort auf der Internetseite bereit.

Bitte beachten: Ab 01.01.2021 wird die Meldeordnung dahingehend geändert, dass Kammermitglieder **verpflichtet** sind, der LPK RLP eine gültige und personalisierte E-Mail-Adresse zu nennen, die zur Korrespondenz genutzt wird. Sollten Sie der Kammer Ihre E-Mail-Adresse noch nicht mitgeteilt haben, holen Sie dies bitte nach (per Post oder per E-Mail an: mitgliederverwaltung@lpk-rlp.de)!

Änderung der Weiterbildungsordnung

Die Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz hat in ihrer Sitzung am 31.10.2020 eine zweite Änderung der Weiterbildungsordnung der Landespsychotherapeutenkammer in der Fassung vom 13.06.2018 beschlossen. Die Änderung ist vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie am 11.11.2020 mit Az.: 3126–0006#2020/0013–06016310.0002 genehmigt worden. Gemäß § 1 Abs. 5 S. 2 und 3 der Hauptsatzung stellt die Kammer die Änderungssatzung ab sofort auf der Internetseite bereit.

Beitrag 2021

Aufgrund von § 2 Abs. 4 Satz 1 der Beitragsordnung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz hat die Vertreterversammlung am 31.10.2020 beschlossen, die Höhe des Regelbeitrages für das Jahr 2021 auf 540,00 Euro festzusetzen. Die Höhe des Regelbeitrages wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Frohe Weihnachten! *(iStock/smileus)*

Der Vorstand und die Geschäftsstelle der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz wünschen allen Mitgliedern und Kolleginnen eine schöne Weihnachtszeit und alles Gute für das neue Jahr!

Geschäftsstelle

Diether-von-Isenburg-Str. 9–11
55116 Mainz
Tel.: 06131/93055–0
Fax: 06131/93055–20
service@lpk-rlp.de
www.lpk-rlp.de